

Teurer Streit ums Kohlekraftwerk

Geschrieben von: Ilona Hartmann

Dienstag, den 30. Dezember 2008 um 08:36 Uhr -

Ostsee-Zeitung | Dienstag, 30. Dezember 2008 | Mecklenburg-Vorpommern | 367 Wörter
Teurer Streit ums Kohlekraftwerk

Thiessow/Lubmin (dpa) Seinen Lebensabend wollte Manfred Hässler ursprünglich im Süden Europas verbringen. „Uns schwebte Malaga, die Costa Brava oder die Toskana vor.“ Doch nach einem Golfurlaub auf der Insel Rügen und vielen Spaziergängen am Strand entschlossen sich der aus Bamberg stammende Unternehmer und seine Frau, an die Küste Rügens zu ziehen. Vor sechs Jahren kauften sie ein Grundstück in Thiessow und bauten ein Haus. Dass in Lubmin, auf der anderen Seite des Greifswalder Boddens, ein Industriegebiet entstehen und ein Steinkohlekraftwerk gebaut werden sollten, ahnte der frühere Vorstand des Versicherungskonzerns Deutscher Herold damals nicht. „Wir wussten, dass dort ein Atomkraftwerk zurückgebaut wird - und das war in Ordnung“, erzählt der heute 66-Jährige.

Als er vor rund drei Jahren in einer Zeitung von den Plänen des dänischen Energiekonzerns Dong Energy las, war er entsetzt: „Ich dachte, mich trifft der Schlag.“ Hässler, der sich wegen der Ruhe und Naturbelassenheit für Rügen als Alterswohnsitz entschieden hatte, engagiert sich seitdem in einer Bürgerinitiative gegen das Kraftwerk. „Ich will nicht, dass hier Schloten qualmen, wie man sie aus dem Ruhrgebiet kennt“, beschreibt er seine Motivation.

Mit einem fünfstelligen Geldbetrag unterstützt Hässler den juristischen Kampf von Umweltverbänden und Bürgerinitiativen gegen das Kraftwerk.

Obwohl eine Entscheidung über den Bau des umstrittenen Kraftwerks noch aussteht, ist Investoren wie auch Gegnern das Projekt bereits richtig teuer geworden. Die Umweltverbände sind auf private Spender wie Manfred Hässler angewiesen. Exakt 102 578,63 Euro an Kosten sind inzwischen durch die Stellungnahmen, die Beauftragung von Rechtsanwälten und Gutachtern sowie deren Auftritte bei den Erörterungsterminen entstanden und beglichen worden, erklärt Catrin Münster vom Umweltverband WWF. Eine nochmalige Auslegung inklusive neuer Einwendungen würden die Umweltverbände zwar begrüßen. Dieses Prozedere würde allerdings mit weiteren 30 000 Euro zu Buche schlagen. Sollte ein Verfahren gegen eine Kraftwerksgenehmigung verloren werden, drohen den Verbänden weitere Kosten im sechsstelligen Bereich. Münster ist überzeugt, dass die Entscheidung über den Bau wesentlich von der finanziellen Schlagkraft der Umweltverbände abhängen wird. „Einige Gutachter hätten wir uns ohne die breite finanzielle Unterstützung nicht leisten können.“